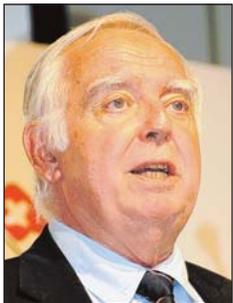


SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Die Bedeutung des
Minarets im Islam.
Von Orientalist
Prof. Dr. Heinz Gstrein

Seite 4



Warum es die
Minarett-Initiative
braucht.
Von Nationalrat
Walter Wobmann,
Präsident des
Initiativkomitees

Seite 5



Jetzt gilt es die IV
rasch zu sanieren.
Forderungen
von Ständerat
Christoffel Brändli

Seite 8

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 60 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Oktober 2009

Das Volk soll den Bundesrat wählen

Nationalrat Toni Brunner S. 3

Stärkung der Volksrechte

Martin Baltisser S. 6

Aus der Session

S. 9

Libyen-Affäre: Miserable Information und der Drang, im Rampenlicht zu stehen

Nationalrat Luzi Stamm S. 10

Exportverbote vernichten Arbeitsplätze und gefährden unsere Sicherheit

Nationalrat
Christian Miesch S. 12

Der Himmel kann nicht warten

Nationalrat
André Reymond S. 13

Das Stimmvolk hat Nein gesagt

SVP-Parteipräsident Zug
Stephan Schleiss S. 14

Motiviert und aktiv

Nationalrat Rudolf Joder S. 15

Reklame

Win-win
statt Blabla.

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Es braucht die Volkswahl des Bundesrates

Die Volkswahl des Bundesrats stärkt die direkte Demokratie unseres Landes. Die Bürgerinnen und Bürger können auf allen Ebenen mitbestimmen und ihre Vertreter in die Behörden wählen: vom Gemeinderat über den Bezirksrichter bis hin zu den Regierungsräten. Diese Mitbestimmung gilt es durch die Volkswahl des Bundesrats auch auf Bundesebene zu verankern. Deshalb haben sich die Delegierten der SVP Schweiz anlässlich der Delegiertenversammlung vom 3. Oktober 2009 in Genf zugunsten der Lancierung einer Volksinitiative für die Volkswahl des Bundesrates ausgesprochen.

Die unwürdigen Intrigen und Spiele rund um die Bundesratswahlen im Parlament sollen ein Ende haben. Die Delegierten der SVP haben bereits in Chur dem Grundsatz der Volkswahl des Bundesrates zugestimmt. In Genf haben sie sich für das Majorzsystem, das man in 24 von 26 Kantonen für die Regierungsratswahlen kennt, entschieden.

Folgende Gründe sprechen für die Bundesratswahl nach dem Majorzsystem:

1. Die Volkswahl der Regierung nach dem Majorzsystem ist in den Kantonen bestens verankert und hat sich bewährt.
2. Das im Initiativtext vorgeschlagene Majorzwahlverfahren berücksichtigt leere Stimmen nicht und senkt das absolute Mehr auf ein sinnvolles Mass.
3. Für extreme Splitterparteien ist die Hürde für einen Bundesratssitz immer noch hoch. Sie werden den Einzug in die Regierung nicht schaffen.
4. Der lateinischen Schweiz sind mit dem vorgeschlagenen Initiativtext zwei Sitze garantiert (Berner Modell).





Shop

..... Expl.	SVP-Fussball	Fr. 25.–
..... Expl.	Cap «Swiss Look»	Fr. 10.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe	Fr. 49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr. 50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr. 5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr. 5.–
..... Expl.	Rucksack (Aktion) robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 10.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr. 3.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum

SVP-Klartext

Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin:
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise:
12 × / Jahr

Inserate:
Kevin Grangier

Adresse:
Generalsekretariat SVP
Postfach 8252
3001 Bern
Telefon 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:
Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:
Stiftung SVP-Parteizeitung
UBS Bern-Länggasse
PC 30-35-9

Druck:
Zofinger Tagblatt AG
ZT Print
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93
Fax 062 745 93 49
www.ztonline.ch

Adressänderungen:
per E-Mail an klartext@svp.ch

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 60000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Ebnet-Kappel SG

Das Volk soll den Bundesrat wählen



Bundesratswahlen: Fertig mit unwürdigen Spielchen

Am 15. September siegte dank der SVP noch einmal knapp die Konkordanz. Didier Burkhalter von der FDP wurde vor dem Kandidaten der CVP gewählt. Die CVP hatte schlicht kein Anrecht auf diesen Sitz. Fast schien es, als wollte das Parlament der Bevölkerung beweisen: Seht her, wir können den Bundesrat durchaus noch ernsthaft und ohne parteipolitische Spielchen wählen, wenn wir nur wollen. Unvergessen bleiben jedoch die unwürdigen Spiele im Parlament rund um die Bundesratswahlen der letzten Jahre. Die CVP und die Linksparteien haben sich von der Konkordanz verab-

schiedet. Sie stellen inhaltliche Bedingungen oder fabrizieren «interessante» Berechnungen in Bezug auf die Stärke einer Partei – als ob nicht der Wählerwille und damit die Parteistärke ausschlaggebend wären für die Zusammensetzung unseres Bundesrates, der das Volk zu vertreten hat.

All die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen jedoch deutlich, dass es Zeit für einen Systemwechsel ist. Unsere Partei geht auch hier voran. Die Delegierten der SVP Schweiz haben klar ja gesagt zur Lancierung der Initiative zur Volkswahl des Bundesrates. Der in Genf bereinigte Text ist eine hervorragende Grundlage für die bevorstehende Unterschriftensammlung. Damit ist in Zukunft der Bundesrat der Bevölkerung und nicht mehr einfach dem Parlament oder irgendwelchen internationalen Organisationen verpflichtet.

IV-Sanierung: Die Ja-Sager stehen in der Pflicht

Wir haben die Abstimmung gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer verloren. Diese steigt nun neu auf 8% und kostet die Schweizerinnen und Schweizer jährlich 1,2 Milliarden Franken. Einmal mehr mussten wir alleine

gegen alle anderen Parteien kämpfen und ebenso gegen praktisch alle nationalen Wirtschaftsverbände antreten. Das dennoch knappe Resultat zeigt, dass das Volk nicht mehr einfach unbesehen bereit ist, mit mehr Mitteln die Missbräuche in der IV zu finanzieren. Zu Recht wird nun erwartet, dass nebst den beschlossenen Mehreinnahmen auch ausgabenseitig Einsparungen zur Sanierung der IV vorgenommen werden müssen. Die Ja-Sager stehen nun in der Pflicht. Dem Versprechen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer sei nur befristet auf sieben Jahre eingeführt worden, weil man die Probleme mit der nächsten Revision lösen wolle, müssen jetzt Taten folgen.

Die SVP hat bereits zwei Tage nach der Abstimmung ihr Konzept vorgelegt, wie bis im Jahre 2020 die IV schuldenfrei dastehen kann. Es ist typisch: Diejenigen, die jetzt in der Pflicht wären, schweigen, der Wille für strukturelle Sanierungen ist schon in den Tagen nach der Abstimmung verfliegen. Doch so einfach lassen wir die Gewinner der letzten Abstimmung nicht aus der Pflicht. Die SVP bleibt am Ball. In Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, die all die vielen Sozialwerke zu tragen hat.

Werbung

Wir wollen Ihren Erfolg.

Seit mehr als 30 Jahren sind wir erfolgreich für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP Schweiz, verschiedene SVP-Kantonal- und Stadtparteien, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung • Lobbying und PR
- Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Mit einer klaren Zielsetzung, einer gutdurchdachten Strategie und einer emotionalen und verblüffenden Umsetzung die Botschaft zielgerecht zu verbreiten und – wo nötig – Medienaufmerksamkeit zu schaffen.

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

GOAL AG für Werbung, PR und Events

Alexander Segert
Geschäftsführer

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Prof. Dr. Heinz Gstrein, Uni Wien, Erlenbach ZH

Die Bedeutung des Minaretts im Islam

Als Schweizer Korrespondent habe ich mehr als 30 Jahre vor Ort erlebt, was der Islam und seine mit ihm untrennbar verbundene politische Ideologie in der Praxis bedeuten. Erlebt und erlitten habe ich das auf den Bergen Afghanistans und des Libanon, im Stahl- und Giftgasgewitter der Golfkriege, in ägyptischer und türkischer Haft, im Zelt Gaddafis und bei den iranischen Ayatollahs.

Bei Minaretten handelt es sich nur nebenbei um religiöse Symbole, es geht in erster Linie um Siegeszeichen islamischer Macht und Herrschaft. Dafür lassen sich hunderte Beweise anführen. Ich will hier nur die neuste Aussage meines Kollegen von der Universität Ankara, Mustafa Isen, zitieren: «Hohe Minarette ... (sind) gang und gäbe, um den anderen Religionsgemeinschaften die eigene Grösse zu zeigen.» Der türkische Dichter Ziya Gökalp wird noch deutlicher: «Moscheen sind unsere Kasernen, ihre Kuppeln die Helme, die Minarette unsere Bajonette!» Derart islamische Triumphsäulen haben bei aller Religionsfreiheit bei uns in der Schweiz genauso wenig verloren wie etwa Stalindenkmäler, für die auch keine politische Meinungsfreiheit ins Treffen geführt werden darf. Was nämlich den Einwand betrifft, das verfassungsrechtliche Verbot von Minaretten verstosse wider das Prinzip der Religionsfreiheit und die schweizerische gesetzliche Ordnung, kann ich mich auf einen juristischen Fachmann und unverdächtigen Zeugen berufen: Dr. Erich Tanner aus Fribourg, der sonst aus taktischen Überlegungen zu den Befürwortern möglichst grosser Rechte für die bei uns lebenden Moslems zählt. Er führt ausdrücklich dazu aus: «Es tastet aber nicht den Kerngehalt der Religions- und Eigentumsfreiheit an und auch nicht den Kerngehalt des Anspruchs auf Religionsgleichheit. ... Ein Minarett als Artefakt ist nicht Bestandteil ange-



Professor Gstrein anlässlich seines Referats an der SVP-Delegiertenversammlung in Genf vom 3. Oktober 2009

borener oder erworbener Eigenschaften von Muslimen und Musliminnen, sondern ein Mittel zur Signalisierung und Visibilisierung der fortschreitenden Etablierung des Islams bzw. der Muslime und Musliminnen mit ihrer kulturell-religiösen Identität in der hiesigen Gesellschaft.» Nachzulesen in der Schweizerischen Kirchenzeitung (SKZ) Nr. 38 vom 17. September 2009, S. 637–38. Ich danke dem sonstigen Minarettbefürworter Erich Tanner für seine Redlichkeit als Jurist.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Überlegungen möchte ich in der mir gebotenen Kürze noch auf taktische, praktische Bedenken gegen ein Minarettverbot eingehen.

Die Gegner eines Minarettverbots malen vor allem die Gefahr an die Wand, Ölscheichs und andere islamische Kunden würden dann das Geld von unseren Banken abziehen, was dem Finanzplatz Schweiz unverantwortlichen Schaden zufüge. Doch diesen Stimmen ist zu entgegenen: Wir haben es bei Saudi-Arabien, den Golfstaaten und sogar beim Iran

mit keinem Gaddafi zu tun. Die Moslemstaaten wissen die Vorteile zu schätzen, die ihnen die Veranlagung ihrer Petrodollars in der Schweiz bringt. Sie verhalten sich daher schon während des ganzen Laufens der Anti-Minarett-Initiative ruhig, ebenso wie die in der Schweiz lebenden Moslems und ihre Organisationen. **Die ganze Hysterie gegen das Minarettverbot ist bei uns hausgemacht, geht von unseren eigenen Linken, 68ern und Hyperliberalen aus, in der Politik wie in den Kirchen.** Indem jedoch der Bundesrat islamische Repressalien selbst an die Wand malt, ermutigt er die Moslemstaaten geradezu, Gegenmassnahmen zu ergreifen. Für die ablehnende Haltung des Bundesrates zur Initiative gilt daher, was die Pariser «Le Monde» über das Vorgehen einiger Bundesräte im Konflikt mit Libyen schreibt: «Diese Schweizer Regierungsmitglieder verhalten sich nicht nur unterwürfig, sondern vor allem dumm!»

Auch um das schweizerische Exportvolumen brauchen wir nicht zu bangen. Viele Schweizer Exportgüter sind hoch qualifiziert und

schwer durch andere Importe zu substituieren.

Auch die Angst vor Terroranschlägen islamischer Terroristen als Reaktion auf ein Minarettverbot ist unbegründet. Denn auf Schweizer Boden haben die Islam-Terroristen keine Infrastrukturen wie in England, Frankreich oder auch Deutschland und Österreich.

Kirchliche und linke Gruppen bringen einen weiteren Einwand vor: Ein Minarettverbot in der Schweiz würde den in islamisch regierten Ländern lebenden Christen noch mehr Repressalien bringen. Dazu muss aber gesagt werden: Mehr Sanktionen, als ihnen heute schon auferlegt sind, kann es für die Christen unter der Herrschaft des Islams gar nicht mehr geben. Im Gegenteil könnte ein Minarettverbot in der Schweiz bei den islamischen Regierenden ein Nachdenken darüber auslösen, dass Europa nicht mehr gewillt ist, «seinen» Moslems widerspruchslos alles, was sie fordern, zu gewähren, während die vom Islam beherrschten Christen – unter ihnen zahlreiche Schweizer Bürger – diskriminiert oder gar rechtlos und vogelfrei sind. **Das kann die Situation dieser christlichen Gruppen unter dem Islam nur verbessern.**

Und zum Abschluss eine letzte praktische Frage: **Wie viele Minarette werden durch ein mehrheitliches Ja zur Initiative verhindert?** Wenn wir von heute 130–150 Moscheen in der Schweiz ausgehen, **verhindert ein Ja zum Minarettverbot in nächster Zukunft über 100 Minarette und stoppt generell den Trend zur weiteren Islamisierung der Schweiz.** Darum plädiere ich nach bestem Wissen und Gewissen für das Minarettverbot, nicht zuletzt aus Verantwortung für kommende Schweizer Generationen.

Nationalrat Walter Wobmann, Gretzenbach SO

Ja zur Minarett-Initiative

Parallelgesellschaften sind Menschengruppen, die jeweils für sich leben, ihre Heimatsprache und ihre kulturellen Besonderheiten pflegen, sich gegen ihre Nachbarschaft abgrenzen, anderen Gewohnheiten skeptisch gegenüberstehen und sich weigern, sich zu integrieren. Während man in den 1980er Jahren wenige Probleme mit solchen Gruppen hatte, wuchsen diese (v. a. mit muslimischem Hintergrund) seit 1990 rapide an.

Gemäss Statistik der Delinquenz nach Nationalität der Täter ist der Anteil der Täter aus islamischen Ländern überproportional hoch. Das gleiche Bild in der Invalidenversicherung (IV): Noch nie in der Geschichte der Eidgenossenschaft wurden so viele Menschen invalide wie zwischen 2000 und 2006. In nur sechs Jahren stieg die Zahl der Rentenbezüger von 200 000 auf 300 000 an, darunter sind wiederum Ausländer aus islamischen Ländern auffällig stark vertreten. Gleichzeitig nahmen die Schlagzeilen über Fälle von Zwangsehen, Beschneidungen, Massenvergewaltigungen und Ehrenmorden in der Schweiz zu. Das sind klare Signale der Bildung von Parallelgesellschaften. In Frankreich und Deutschland ist man schon einen Schritt weiter. Dort leben ganze Stadtteile mittlerweile nach dem islamischen Recht «Scharia».

Behörden fördern Parallelgesellschaften

Behörden und Justiz reagieren nicht etwa mit Entschlossenheit – im Gegenteil. Gerichtsurteile gegen islamische Mörder oder Vergewaltiger fallen milder aus als gegen schweizerische Schnellfahrer. Schulbehörden verbieten den Kindern das Tragen von Schweizerkreuz-T-Shirts, weil damit ausländische Kinder «provoziert» würden. Oder noch krasser: Schulvorsteher wollen die Weihnachtsfeier in der Schule abschaffen aus Rücksicht auf muslimische Kinder, die in vielen Klassen schon die Mehrheit bilden. Linke Politiker verpulvern Millionen für Integrationsprogramme oder fördern die automatische Einbürgerung und das Ausländerstimmrecht. Doch einer Diskussion über die religiösen Hintergründe der Fehlentwicklungen gehen alle aus dem Weg. Probleme werden beschönigt.

Mit der Zuwanderung aus islamischen Ländern ist eine neue Religi-

osität in unseren Alltag gekommen, mit der wir noch nicht umgehen können. Weil sich viele nicht mit diesen komplexen Fragen auseinandersetzen wollen, sagen sie grosszügig «Ja» zu Moscheen, Minaretten, Islamunterricht, Kopftüchern im Schulzimmer usw. Das ist mit Sicherheit die falsche Antwort auf die schleichende Unterwanderung unserer Gesellschaft, die solange fortgesetzt wird, bis ihr jemand Grenzen setzt.

Aus den Entwicklungen aller Länder Europas, in denen die muslimische Bevölkerung massiv gewachsen ist, wissen wir, dass die Reihenfolge der Bildung einer islamischen Parallelgesellschaft immer gleich abgelaufen ist.

1. **Starke Vermehrung durch Familiennachzug und hohe Geburtenraten**
2. **Einrichtung von Vereinslokalen, aus denen dann Moscheen werden**
3. **Bau von Minaretten (Türmen) auf den Moscheen**
4. **Gebetsrufe des Muezzins von den Minaretten**
5. **Sleichende Einführung der Scharia (islamisches Recht)**

In der Schweiz befinden wir uns derzeit in der Phase 3 der Islamisierung, wobei die Phase 5 schon weit fortgeschritten ist. Seit Menschen aus verschiedenen Parteien eine Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» lanciert haben, ist kein einziges Baugesuch mehr für ein Minarett eingereicht worden. Die Islamisierung der Schweiz konnte alleine schon dadurch gebremst werden. Vorher sind in kurzen Abständen Baugesuche für Minarette in Wangen b. Olten (SO), Langenthal (BE) und Wil (SG) sowie das bewilligte «kleine Baugesuch» für ein Minarett in Winterthur eingereicht worden.

Kein Verstoss gegen Religionsfreiheit

Mit dem Bau von Minaretten ist in den Augen vieler Schweizerinnen und Schweizer eine Grenze überschritten worden. Für viele wird die schleichende Islamisierung der Schweiz damit augenfällig, was ja auch das Ziel von Minaretten ist. Das Minarett als Bauwerk hat nämlich keinen religiösen Charakter. Auch in islamischen Ländern gibt es schliesslich tausende Moscheen ohne Minarette. Als Bauwerk hat das Minarett die Funktion eines «Signalturns» und «Wachtturns». Einige deuten das Minarett auch als «Siegeseichen» oder als «Zeichen der Eroberung». Das Minarett bringt einen religiös-politischen Machtanspruch zum Ausdruck: «Hier sind wir, von hier weichen wir nicht!» Das Minarett steht somit im Dienst eines Anspruchs, der Toleranz grundsätzlich nicht kennt, der die Welt in

Gläubige (die Muslime) und Ungläubige (alle anderen) trennt.

Aus Deutschland weiss man, dass nach dem Bau von Minaretten sehr bald auch die Zulassung des Muezzins verlangt wird. Dieser wurde mit den gleichen Argumenten der angeblichen «Religionsfreiheit» verlangt wie das Minarett. Wer also Ja sagt zum Minarett, muss später zwangsläufig auch Ja sagen zum Gebetsrufer.

Das Minarett, der Muezzin und die Scharia sind also in einem Zusammenhang zu sehen und sind mit unserem freiheitlich demokratischen Gesellschaftssystem nicht vereinbar. Am 29. November kann das Schweizer Volk mit dem JA zum Minarettverbot eine gesellschaftliche Entwicklung stoppen, die unser Land ungebremst und nachhaltig verändern dürfte.

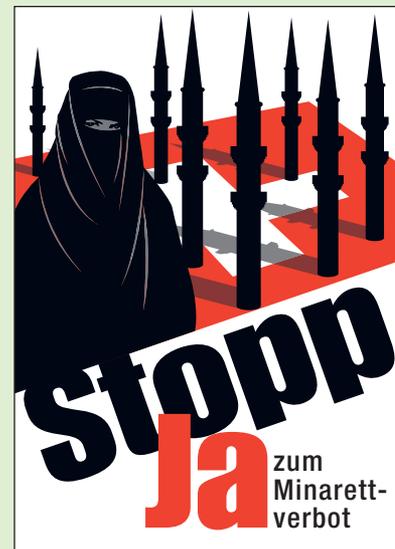
Engangieren Sie sich im Abstimmungskampf für die Minarett-Initiative!

Bestellen Sie Informationsmaterial, Flyer und Plakate bei:

Initiativkomitee
«Gegen den Bau von Minaretten»
Postfach 23
8416 Flaach (ZH)

Telefon: 052 301 31 00
E-Mail: info@minarette.ch

oder direkt online:
www.minarette.ch



Martin Baltisser, Generalsekretär SVP Schweiz, Bremgarten BE

Stärkung der Volksrechte

Die SVP-Delegiertenversammlung hat am 3. Oktober 2009 den Text für die Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates bereinigt. Nach engagierter Diskussion entschieden sich die Delegierten mit 217 zu 97 Stimmen für den Vorschlag der parteiinternen Arbeitsgruppe, welche eine modifizierte Variante für eine Wahl im Majorzsystem erarbeitet hatte.

Der nun verabschiedete Vorschlag lehnt sich an das sogenannte «Berner Modell» an und garantiert damit den Minderheitenschutz. Ebenfalls in den Verfassungstext aufgenommen wurde die Definition des absoluten Mehrs, welches sich nur an den gültigen Stimmen orientiert. Damit reduziert sich die Wahlhürde und das System nähert sich dem Proporzgedanken an. Eine reine Proporzwahl wurde insbesondere deshalb von einer klaren Mehrheit der Delegierten verworfen, weil sie sich für die Wahl der Exekutiven in den Kantonen nicht durchgesetzt

hat und in verschiedenen Bereichen komplizierter zu realisieren wäre.

Wie geht es nun weiter?

Der Initiativtext geht nun an die Bundeskanzlei zur Vorprüfung. Danach werden die Unterschriftenbogen vorbereitet. Der Beginn der Unterschriftensammlung ist auf Anfang des kommenden Jahres vorgesehen. Parallel dazu arbeitet die SVP an einem zweiten Initiativprojekt zur Familienbesteuerung. Diese Volksinitiative soll eine Diskriminierung von Famili-

en, die ihre Kinder selber betreuen, verhindern. Es ist vorgesehen, die Initiative anlässlich einer Delegiertenversammlung am 5. Dezember 2009 zu lancieren.

Klares Votum für die Minarett-Initiative

Mit 288 gegen 3 Stimmen haben sich die SVP-Delegierten am vergangenen Samstag deutlich für die Volksinitiative «gegen den Bau von Minaretten» ausgesprochen. Viele Delegierte wollten damit ein Zeichen

gegen die Gefahr einer Islamisierung der Schweiz setzen. Der Abstimmungskampf für die Initiative wird durch ein Initiativkomitee geführt. Die SVP plant im Abstimmungskampf, nicht zuletzt aus Ressourcen Gründen, keine eigenen Kampagnenaktivitäten.

Mit der seriösen und vertieften Behandlung beider Themenkreise hat die SVP erneut gezeigt, dass sie die Anliegen und Sorgen der Bevölkerung ernst nimmt und auf politischer Ebene vertritt.





Ständerat Christoffel Brändli, Landquart GR

IV rasch sanieren – AHV stärken!

Eigentlich wäre die Sache geritzt: Wenn die von den Befürwortern der Volksabstimmung gemachten Versprechungen eingehalten werden, wird die IV rasch schwarze Zahlen schreiben und ein Teil der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung kann dafür verwendet werden, die bald auf 20 Milliarden angewachsene Schuld bei der Invalidenversicherung (IV) abzubauen.

14 Milliarden neu für die IV!

Die Stellungnahmen von Seiten der Gewinner der Abstimmung nach der Abstimmung zeigen, dass die Begeisterung für weitere Sparmassnahmen stark nachgelassen hat. Schliesslich bekommt man nun 5 Milliarden zusätzlich aus der AHV und fast 9 Milliarden aus der Mehrwertsteuerkasse. Damit kann man die nächsten sieben Jahre gut leben! In der Tat zeigen die Stellungnahmen nach der Abstimmung, dass die Bereitschaft, die beiden Sparpakete durchzuziehen, nur mehr schwach vorhanden ist. Auch fehlt jetzt der Druck, dass sofort etwas geschehen muss. Nur die SVP hat sich mit konkreten Vorschlägen nach der Abstimmung gemeldet, die andern Parteien sind besorgniserregend ruhig.

Schwarze Zahlen bei IV möglich

Dabei ist das weitere Vorgehen klar: Je schneller wir die Sanierung durchführen, umso weniger Geld wird für unberechtigte Ausgaben verwendet, umso mehr Mittel stehen für die Schuldentilgung zur Verfügung. Das Konzept müsste eigentlich klar sein:

1. Sofortige und vollständige Trennung von AHV/IV. Mit der Genehmigung des Gesetzes ist dieser Schritt bis auf die Schuldentilgung der IV zugunsten der AHV erfolgt.
2. Verzinsung der IV-Schuld durch den Bund. Sparpotential 350–400 Millionen Franken. Dieser Schritt ist aufgrund der Volksabstimmung erfolgt. Es ist aber nur eine Verlagerung der Finanzierung,



keine Einsparung. Immerhin: die AHV profitiert davon.

3. **Sparpaket 1:** Dazu liegt ein Vorschlag des Bundesrates vor. Dieses enthält realistische und machbare Vorschläge. Grundsätzlich ist es möglich, dieses bis Mitte 2010 zu verabschieden und per 1. Januar 2011 in Kraft zu setzen. Das Sparpotential beträgt 500 Millionen Franken.
4. **Sparpaket 2:** Das Sparpotential beträgt auch hier mindestens 500 Millionen Franken. Es ist klar, dass Einsparungen nicht möglich sind, ohne jemandem weh zu tun. Deshalb ist es wichtig, dass bei diesem Paket die sozialpolitischen Argumente gewürdigt werden. Die SVP hat ein Paket von Einsparungen zusammengestellt, das 1 Milliarde Franken weit übersteigt. Davon sind weniger als 50 Prozent umzusetzen, um das Ziel einer ausgeglichenen IV-Rechnung zu erreichen. Wichtig ist, dass man sich in der ganzen Breite mit den Vorschlägen auseinandersetzt und nicht jede

Sparmassnahme von sich weist. Zum zweiten Sparpaket soll bis Ende Jahr, spätestens Anfang 2010 eine Vernehmlassung durchgeführt werden. Aufgrund der heute sich schon abzeichnenden Opposition muss mit Verzögerungen gerechnet werden, so dass diese Vorlage erst im Wahljahr 2011 im Parlament beraten werden kann. Erfahrungsgemäss ist Parteipropaganda in Wahljahren wichtiger als Problemlösungen. Die Gefahr ist demnach gross, dass die Ziele nicht erreicht werden können. Aus Sicht der SVP ist klar: Die Einsparungen sind auf das Jahr 2012, wenn die Beratung dringlich durchgeführt wird gar 2011 möglich, sofern sich die Parteien unabhängig von den Wahlen darauf einigen, das zweite Sparpaket im Dringlichkeitsverfahren zu behandeln. Andernfalls ist eine Inkraftsetzung erst 2013 oder gar erst 2014 möglich.

Ungemütliche Lage für AHV

Für die AHV ist die Situation auch nach der Volksabstimmung vom 29. September ungemütlich. Sie muss noch die Defizite der Jahre 2009 und 2010 tragen und zudem 5 Milliarden Franken IV-Startkapital zur Verfügung stellen. Die IV-Schuld steigt damit gegenüber der AHV auf über 20 Milliarden Franken. Rund die Hälfte der AHV-Reserven wird dadurch aus Guthaben und nicht aus frei verfügbaren Mitteln bestehen! Aus dieser Sicht ist es sehr wichtig, dass die beiden Sanierungspakete der IV so rasch als möglich verabschiedet werden. Nur damit wird die IV dank der zusätzlichen Steuerein-

nahmen Überschüsse erzielen, die sie zur Schuldentilgung verwenden kann. Wünschbar wäre es, Wege zu suchen, dass auch das Startkapital, welches die AHV leisten musste, abgelöst werden kann. Die Trennung AHV/IV ist nämlich erst abgeschlossen, wenn auch der Schuldenberg der IV abgetragen ist. Es ist zu befürchten, dass aufgrund der Äusserungen verschiedener Parteivertreter der SP, CVP und FDP dies nicht geschieht und der Schuldenberg nach sieben Jahren auf 20 Milliarden gegenüber heute 13 Milliarden verharren wird. Wie dies mit der Abstimmungsthese «AHV stärken, IV sanieren» zu vereinbaren ist, müssen die Befürworter der Abstimmungsvorlage dem Volk spätestens bei den nächsten Wahlen erklären.

Kleine Hoffnung besteht

Die Gefahr, dass der Druck auf die Revision wegfällt, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Der einzige Druck, der heute noch besteht, ist die Hoffnung, dass sich die Politiker von SP, CVP, FDP und Grünen an die Versprechungen halten, die sie vor der Abstimmung gegenüber dem Volk gemacht haben, und dass die Politiker ihre Verantwortung wahrnehmen und sowohl die IV wie auch die AHV rasch auf eine gute Basis stellen. **Bisher war es leider immer so, dass unpopuläre Massnahmen vor sich hergeschoben wurden. Ich hoffe, dass es diesmal anders ist. Vor allem auch deshalb, weil wir im Sozialbereich zusätzliche Baustellen haben (Pensionskassen, AHV, Arbeitslosenversicherung, Erwerbsersatzordnung usw.), deren Sanierung wir nicht auf die nächsten Generationen verschieben dürfen!**

Atalanta: Der Nationalrat versenkt Pläne von Bundesrätin Calmy-Rey

Hauptgeschäft der Herbstsession war die Frage, ob die Schweizer Armee an einer internationalen Polizeiaktion zur Verhinderung von Piratenüberfällen auf Schiffe am Horn von Afrika und im Golf von Aden (zwischen Somalia und Jemen) teilnehmen soll. Der Bundesrat wollte, dass die Schweiz an dieser von der EU angeführten Operation Atalanta mit 30 Armeeingehörigen, von welchen nicht einmal die Hälfte Soldaten gewesen wären, teilnimmt. Die SVP setzte sich mit allen Mitteln gegen diesen von der Aussenministerin vorangetriebenen Auslandseinsatz der Armee ein und obsiegte, da der Nationalrat zweimal nicht auf die Vorlage eintrat. Dieses Resultat ist ein wichtiger Erfolg zur Stärkung der Schweizer Neutralität.



Die SVP stellt erstmals 10 Bundesrichter

Während die SVP in der Vergangenheit an den Gerichten oftmals untervertreten war, konnte in der Herbstsession ein historischer Erfolg verbucht werden. Mit der am 23. September erfolgten Wahl des qualifizierten SVP-Mannes Christian Hermann, Oberrichter aus dem Kanton Bern, stellt die SVP zum ersten Mal in ihrer Geschichte 10 der insgesamt 38 Bundesrichter. Dies ist ein wichtiger Schritt für die SVP, da die Gerichte gerade in letzter Zeit vermehrt dazu übergegangen sind, politische Urteile zu fällen. Seit der Herbstsession ist die SVP nur noch am Bundesverwaltungsgericht untervertreten. Die Chance, diese Lücke zu füllen, bietet sich in der kommenden Wintersession, da einige Stellen neu besetzt werden müssen.



Gespaltene Bilanz bei SVP-Vorstössen

Im Ständerat wurde eine Motion der SPK-NR angenommen, welche die Landessprache als Voraussetzung für die Einbürgerung verlangt. Ebenfalls angenommen wurde ein Vorstoss der SVP-Fraktion, welcher die Ausschaffung von Ausländern verlangt, die die Integration verweigern. Abgelehnt wurde ein Vorstoss von Ständerat Maximilian Reimann (AG), welcher die fallweise Anwendung des Erwachsenstrafrechts auf Jugendliche forderte. Der Nationalrat stimmte einer Initiative der SVP zu, welche die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Konkordaten verhindern möchte. Der Nationalrat lehnte zwei Fraktionsvorstösse zur Einfrierung der Krankenkassenprämien sowie zur Verhinderung der Verdreifachung der CO₂-Abgabe ab.



Konjunkturprogramm: Leuthard ohne Rücksicht auf Finanzhaushalt

Nachdem der Ständerat das III. Konjunkturprogramm diskussionslos angenommen hatte, trat der Nationalrat nur knapp auf dieses ein. Aus Sicht der SVP ist das III. Konjunkturprogramm aber nicht zielführend. Weiterbildungen, welche nicht durch eine Nachfrage (der Wirtschaft), sondern durch ein Angebot des Bundes ausgelöst werden, stellen keine geeignete Vorbereitung auf eine künftige Konjunkturerholung dar. Das Prestigeprojekt von Bundesrätin Leuthard wurde schliesslich dennoch in einer leicht reduzierten Form in der Höhe von 330 Millionen Franken verabschiedet. Die Zustimmung ist unverständlich, da bereits klar ist, dass der Bundeshaushalt wieder aus dem Ruder läuft und schon im nächsten Jahr ein Entlastungsprogramm nötig ist.



Werbung

„2. Zürcher Ländlerwiehnacht“

Schützenhaus Albisgüetli

Sonntag, 15. November 2009 15.30 Uhr

Moderation: Sepp Trütsch

Eintritt: Fr. 40.00

Billette: Tel. 044 461 61 81 oder an der Konzertkasse

- Jass- und Spielkarten
- Memoryspiel
- KonturPur Drucksachen
- Drucksachen nach Mass

Ihr Werbemittel-Optimierer
www.grobdruck.ch
 Telefon 071 414 14 64

LA ROTONDA
 RISTORANTE & PIZZERIA

Die Stammeisz der SVP in Bern!

A. & B. D'ALFONSO
 NEUBRÜCKSTRASSE 70
 CH-3012 BERN
 ++41 31 301 30 15

ÜBERSETZEN,
 LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN

Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
 056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

TROUVAILLES
 Kunstgalerie

Permanente
 Gemälde-Ausstellung
 des 19.-20. Jahrhunderts

Mittwoch: 14.00-18.00 Uhr
 Samstag: 10.00-16.00 Uhr
 oder nach Vereinbarung

Paul + Charlotte Vogt
 Fischmarkt 6
 CH-4410 Liestal

Tel./Fax +41 61 721 78 81
 Natel +41 79 674 05 84
vogttrouvailles@bluewin.ch

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt.
 Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.-, Kissen Fr. 10.-
 Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch.
 Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen; auch Spezialanfertigungen.
 Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

BETTWARENFABRIK
Rafzerfeld

Bettfedernreinigung Potema®
 Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG
 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
 044 869 10 75 seit 45 Jahren
 Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr
www.rafzerfeld.com

SVP-HIT

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
 Fieschertal

Wellness-Hallenbad
 Sauna-Dampfbad-Whirlpool

- Übernachtung im Doppelzimmer
 - mit Frühstücksbüffet
 - Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

FR. 50.-
 pro Person/Nacht

Egal wieviel Nächte!

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Nationalrat Luzi Stamm, Baden-Dättwil AG

Libyen-Affäre: Miserable Information und der Drang, im Rampenlicht zu stehen

Dass das Verhalten des libyschen Staatschefs Gaddafi jenseits von Gut und Böse ist, muss man nicht betonen. Man denke nur daran, wie der «259-fache Mörder von Lockerbie» (verurteilt für die damalige Sprengung eines PanAm-Jumbos) in Libyen wie ein Held empfangen und von Gaddafi umarmt wurde.

Die Problematik der Person Gaddafi ändert jedoch nichts daran, dass der Bundesrat in der Libyen-Affäre grundsätzliche Fehler gemacht hat.



Miserable Informationspolitik

Das beginnt mit der schlechten Informationspolitik, was an jenem Tag im Genfer Hotel «Präsident Wilson» passierte, als Gaddafis Sohn Hannibal verhaftet wurde. Gemäss den ersten Schilderungen unserer Aussenministerin dachte man, im Hotel seien die beiden Hausangestellten des Ehepaars Gaddafi derart misshandelt worden, dass der Polizei gar nichts anderes übrig geblieben sei, als massiv einzugreifen. Weil man habe befürchten müssen, dass Gaddafis Leibwächter im Drogenrausch zu den Waffen greifen würden, hätten die Genfer Polizisten schwer bewaffnet und mit kugelsicheren Schusswesten ausrücken müssen.

Wer kürzlich die Schilderung der «Weltwoche» las, erhielt einen völlig anderen Eindruck: Die Angestellten sind offenbar – nachdem sie bei der Polizei Anzeige erstattet hatten – gar nicht mehr im Hotel gewesen, als die Verhaftung erfolgte. Der zuständige Polizeikommissar hätte Hannibal

Gaddafi und dessen Ehefrau normal vorladen können, habe es aber vorgezogen, eine Verhaftung anzuordnen, um die Befragung durchführen zu können. Als zuerst vier Polizeibeamte im Hotel erschienen, habe sich das Personal geweigert, das schlafende Ehepaar Gaddafi zu stören. Daraufhin seien zwanzig zusätzliche Beamte aufgeboden worden, im Korridor sei es zu einem Handgemenge zwischen den zwei Dutzend Polizisten und den beiden – wie sich herausstellte, nicht bewaffneten – libyschen Bodyguards gekommen. Die Polizisten seien mit vorgehaltener Waffe ins Zimmer gestürmt, wo Hannibal Gaddafi eben aus einem Umkleieraum kam. Obwohl er keinen Widerstand leistete, sei er «aus Sicherheitsgründen» mit Handschellen gefesselt worden. Seine hochschwangere Frau lag mit ihrem dreijährigen Sohn im Bett und habe in Panik geschrien. Dieser kleine Sohn, mit dem die Polizei nicht gerechnet hatte, wurde schliesslich in die Obhut einer Schwägerin übergeben, die sich zufällig im Hotel befand. Frau Gaddafi wurde ins Spital gefahren,

ihr Mann musste die Nacht in einer Arrestzelle verbringen.

Wer bedenkt, wie selten die Polizei in der Schweiz zum Beispiel bei öffentlichen Gewalttaten Verhaftungen vornimmt, muss sich schon fragen, weshalb Gaddafi über Nacht eingesperrt wurde. Vor allem aber ist unerträglich, wie die genauen Vorkommnisse während rund eines Jahres einfach unter Verschluss gehalten wurden: Trotz der offensichtlichen politischen Brisanz dieses Falles informierte Bundesrätin Calmy-Rey nicht einmal die Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments richtig. Sollten die Darstellungen der «Weltwoche» stimmen, hätte sie als Aussenministerin die Affäre längst mit einer Entschuldigung an Sohn Gaddafi aus der Welt räumen können.

Die Sucht, im Medien-Rampenlicht zu stehen

Noch schlimmer als die schlechte Informationspolitik ist jedoch die Sucht von Mitgliedern des Bundesrats, im Rampenlicht der Medien zu stehen. Grundsatz einer erfolgreichen Diplomatie wäre, diskret hinter den Kulissen zu arbeiten. Unsere Aussenministerin macht aber seit Jahren getreu ihrem Grundsatz der «öffentlichen Diplomatie» («public diplomacy») genau das Gegenteil. Im Fall Libyen flog sie z.B. spektakulär mit den zwei Ehefrauen der festgehaltenen Geiseln nach Libyen, um nachher den Medien mitzuteilen, man sei nur noch «einen Millimeter» von der Problemlösung entfernt. Auch wenn hinter den Kulissen schon damals die Spatzen von den

Dächern pfffen, Staatschef Gaddafi denke nicht im Traum daran, wegen einem Frauen-Besuch Konzessionen zu machen. Von Anfang an sei klar, dass diese Reise mit einem Flop enden würde.

Wie Bundesrätin Calmy-Rey machte auch Bundespräsident Merz den Fehler, angeblich erfolgreiche Schritte sofort in aller Öffentlichkeit mitzuteilen. Im Anschluss an seine Reise nach Tripolis am 20. August 2009 kündigte er genau an, bis zu welchem Termin die Geiseln in die Schweiz zurückkommen würden; womit er ohne Not seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzte. Und weshalb informierte er vor wenigen Tagen mit grossem Tamtam die Medien, er habe sich in New York am Rande der UNO-Konferenz mit Gaddafi persönlich treffen können? Dabei habe ihm dieser gesagt, die beiden Geiseln seien nun an einen sicheren Ort gebracht worden, weil befürchtet wurde, dass die Schweiz eine Befreiungsaktion planen würde! Dass solche Ankündigungen Kritik auslösen und die Problemlösung erschweren, ist offensichtlich.

Der Fall Libyen ist für die Schweiz zur (Kommunikations-)Katastrophe geworden. Weltweit entstand der Eindruck, dass wir nach der Pfeife Gaddafis tanzen. Vor allem aber leidet unsere Glaubwürdigkeit – das A und O in der Politik. Nach all den Ankündigungen der letzten Wochen und Monate, man sei nur noch «einen Millimeter» oder «nur noch einen Tag» von der Problemlösung entfernt, ist die Glaubwürdigkeit des Bundesrates auf einem Tiefpunkt angelangt.

Um Längen voraus. Der neue Prius.



3,9 l/100 km, 136 PS, CO₂ 89 g/km

Das Voll-Hybrid-Original ab Fr. 38'900.-*

Kein anderes Fahrzeug kommt an den neuen Prius heran: Mit seiner einzigartigen Voll-Hybrid-Technologie, dem neuen Motor mit seinem sensationell tiefen Verbrauch, mit wahlweise reinem Elektrobetrieb und der innovativen Ausstattung ist er nicht nur der einzige seiner Art, sondern allen anderen in jeder Hinsicht um Längen voraus.

Um Längen voraus für die Umwelt.

- Volle Fahrleistung bei minimalen Verbrauch
- Rein elektrisches, emissionsfreies Fahren
- Solardach für Klimaventilation (optional)

Um Längen voraus für mehr Fahrspass.

- 4 Fahrprogramme für beeindruckende Fahrleistungen
- Platz für 5 Personen samt Gepäck
- Rein elektrisch angetriebene intelligente Einparkhilfe (optional)

Um Längen voraus für Ihre Sicherheit.

- 7 Airbags, inkl. Knieairbag für den Fahrer
- Pre-Crash-System mit Abstandradar, Gurtstraffer und Bremsassistent (optional)
- Head-Up-Display, für weniger Ablenkung des Fahrers

Fahren Sie die Zukunft Probe. Jetzt bei Ihrem Toyota Partner.



prius.ch

* Unverbindlicher Nettopreis. Prius 1.8 Linea Luna, 5-türig, ab Fr. 38'900.-. Abgebildetes Fahrzeug: Prius 1.8 Linea Sol Premium, 5-türig, ab Fr. 43'900.-, 4,0 l/100 km, CO₂ 92 g/km. Ø CO₂-Ausstoss aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeugmodelle: 204 g/km.

**Today
Tomorrow
Toyota**

Nationalrat Christian Miesch, Mitglied des Co-Präsidioms des überparteilichen Komitees gegen Exportverbote, Titterten BL

Exportverbote vernichten Arbeitsplätze und gefährden unsere Sicherheit

Am 29. November 2009 stimmt das Schweizervolk über die GSoA-Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten ab. Das Volksbegehren verlangt ein Verbot der Aus- und Durchfuhr von Rüstungsgütern und deren Technologien.

10 000 Arbeitsplätze in 550 Unternehmen akut gefährdet

Den betroffenen Unternehmen würde mit einem Exportverbot die Existenzgrundlage entzogen. Da der Schweizer Heimmarkt für wehrtechnische Güter zu klein ist, wären sie gezwungen, ihre Produktionsstätten zu schliessen oder ins Ausland zu verlagern. Mit der Initiative werden **mehr als 10 000 Arbeitsplätze in über 550 hauptsächlich kleinen und mittleren Unternehmen gefährdet!**



Zusätzlich droht der zivilen Industrie bei einem Ja zur Exportverbotsinitiative ein Verlust an Innovationen. Heute alltägliche Produkte wie Geländefahrzeuge, Radar, Funktechnik, Düsenantrieb, Internet oder GPS wurden zuerst zu militärischen Zwecken entwickelt. Derartige Knowhow-Transfer ginge der Schweizer Industrie für immer verloren. **Der Technologiestandort Schweiz würde geschädigt, die wirtschaftliche und technologische Auslandabhängigkeit nähme weiter zu.**

Übergangshilfe kostet mindestens 500 Millionen Steuer-Franken

Die Initianten sind sich der schädlichen Auswirkungen bewusst. Deshalb wollen sie diese durch eine Unterstützungspflicht des Bundes mildern. Vorsichtige Schätzungen rechnen mit Kosten für den Bund und damit den Steuerzahler von mindestens einer halben Milliarde Franken. Das Problem jedoch würde lediglich verschoben. In den wenigen Fällen, in welchen es ge-

länge, ein Unternehmen mit Bundeshilfe zu retten, wäre dieses gezwungen, in andere Märkte einzudringen und dort Firmen zu verdrängen. Die Arbeitsplätze würden einfach an anderer Stelle verloren gehen. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage ist es unverantwortlich, gesunde Arbeitsplätze mutwillig zu vernichten. Zumal die Initiative auch den Ruf der Schweiz als zuverlässiger Handelspartner beschädigt.

Die Initiative gefährdet unsere Sicherheit

Bei einem Ja zur Initiative wäre die Schweizer Armee mittelfristig fast vollständig auf ausländische Wehrtechnik angewiesen. Die Wartung der Ausrüstung wäre aufgrund des fehlenden Knowhows komplizierter und deutlich teurer. An die Stelle der gegenseitigen Abhängigkeit würde eine fatale einseitige Abhängigkeit vom Ausland treten. Die aus den Kreisen der GSoA (**Gruppe für eine Schweiz ohne Armee**) stammenden Initianten wollen mit dieser Initiative die **Armee schwächen** und

einer eigenständigen Schweizer Sicherheitspolitik die industrielle und technologische Grundlage rauben. Die Grundversorgung der Armee mit Ausrüstung, Bewaffnung und technischem Unterhalt ist aber Bedingung für die Unabhängigkeit der Schweiz.

Ein Exportverbot ist unnötig, die heutigen Gesetze genügen

In der Schweiz regeln das Kriegsmaterialgesetz und das Güterkontrollgesetz die Ausfuhr von Rüstungsgütern.

Unser Land verfügt damit über umfassende Regelwerke, die in Auslegung und Schärfe dem Standard westlicher Staaten entsprechen. Unsere Behörden müssen jedes Ausfuhrgesuch individuell und nach klaren Kriterien beurteilen. Diese gemeinsamen Bemühungen der Staaten um eine schrittweise globale Abrüstung sind effektiver als einzig in der Schweiz geltende Exportverbote.

Darum setzt sich die SVP für ein klares NEIN zur Exportverbots-Initiative am 29. November ein.

Nein zur gefährlichen, teuren und sinnlosen GSoA-Exportverbots-Initiative!

Mit der Initiative

- wollen die Armeeabschaffer der GSoA die Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee gefährden;
- werden mehr als 10'000 Arbeitsplätze und 550 KMUs vernichtet;
- wird auch der zivilen Wirtschaft wichtiges Know-how entzogen;
- werden dem Steuerzahler rund 500'000'000 CHF abgeknöpft;
- wird die Schweizer Rüstungsindustrie in andere Länder transferiert.

**Am 29. November 2009:
NEIN zur GSoA-Initiative!**

Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie diese Kampagne. Danke. SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern.



Nationalrat André Reymond, Veyrier GE

Der Himmel kann nicht warten

Seit Jahren nimmt der Flugverkehr im Schweizer Luftraum zu. Parallel dazu steigen die Frequenzen auf den Schweizer Flughäfen markant. Diese zwei Faktoren führen unausweichlich zur Notwendigkeit einer Verbesserung der Flughafen-Infrastruktur und der Flugverkehrskontrolleinrichtungen. Die wichtigsten Massnahmen betreffen die Flugsicherheit, die Sicherheit der Flughafeninstallationen und den Lärmschutz der Flughafenumgebung.

Zur Finanzierung solcher Arbeiten bzw. Projekte sieht die Eidgenossenschaft vor, die Finanzmittel aus der Kerosinsteuer, welche zurzeit Projekten des Strassenverkehrs zugute kommen, zugunsten des Flugverkehrs einzusetzen. Die neue Verwendung dieser Steuereinnahmen beträfe knapp die Hälfte der Kerosinsteuer und den gesamten Zuschlag auf die Benützung von spezifischem Treibstoff. Da die Verwendung von Steuereinnahmen in der Verfassung geregelt wird, braucht es dafür eine Änderung des Verfassungsartikels, welcher deren Einsatzbestimmung festlegt. Die Höhe der insgesamt betroffenen Steuergelder ist nicht enorm und beträgt rund 50 Millionen Franken. Davon würden rund 20 Millionen Franken für die Finanzierung der Verbesserung der Flugkontrolle und 11 Millionen für Umweltschutzmassnahmen eingesetzt. Der Rest wird für Massnahmen zum Schutz von Flughafenbauten und -geländen ebenso wie für deren Zugang und für deren Einrichtungen verwendet.

Sei es im Bereich der Flughafen-Bahnanschlüsse, der Landebahnen, der Hangars oder der Unterhaltsgebäude: die Sicherheitseinrichtungen und das Personal, welches diese bedient, müssen aufgrund der gestiegenen terroristischen Bedrohung ebenfalls verstärkt werden. Die Gefahren von Sabotage bis hin zu Entführungen für Flughäfen sind heute derart gewachsen, dass auch das Niveau der Schutzmassnahmen entsprechend angehoben werden muss. Diese Sicherheitsaufgaben werden vor allem von Spezialisten der Polizei und der Feuerwehr erfüllt. Die Regionalflughäfen sind



heute ebenso potenzielle Zielscheiben wie die drei grossen nationalen Flughäfen – sei es nun Samedan, Sion, Lugano oder Altenrhein: die kleinen Flughäfen sind genauso gefährdet wie Kloten oder Cointrin. Der Lärmschutz ihrer Anwohner ist zudem genauso wichtig. Die Errichtung von Lärmschutzbauten und die Schallisolierung der Motorenprüfhangars sind von den Anwohnern nachdrücklich geforderte Massnahmen.

Aus diesen Gründen ist die Errichtung dieses Fonds für die Spezialfinanzierung Flugverkehr notwendig. Er wird nur wenige Ressourcen vom Strassenverkehr abziehen und er wird auch nicht als Vorwand für neue Steuererhebungen missbraucht werden. Aber für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Flugverkehrsnetzes Schweiz ist er existenziell. Die regionale Erreichbarkeit und der Verkehrsanschluss der Kantone sind von guten Luftverkehrsanschlüssen abhängig. Die Binnenflüge und der Berufs- und Privatflug-

verkehr gelten als Motoren für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung der Schweizer Regionen.

Die Schaffung eines solchen Fonds ist umso wichtiger, als mit dem neuen Luftfahrtgesetz die Querfinanzierung der regionalen Flughäfen nicht mehr möglich sein wird, womit ihnen ein wichtiger Teil der finanziellen Ressourcen verloren geht, der bisher vom Staat zugeteilt wurde. Die Streichung dieser finanziellen Unterstützung, welche aus den Gebühren der nationalen Flughäfen und dem Durchflugverkehr entstammt, wird für die Unterhalts- und Investitionsbudgets der kleinen Flughäfen einen grossen Verlust bedeuten. Daher kommt das grosse Interesse an der Errichtung dieses Fonds, der eine garantierte und nachhaltige Entwicklung unserer

Luftverkehrsinfrastruktur, die lebenswichtig für unser Land ist, erlaubt.

Das Prinzip der Zweckbindung muss auch auf die Finanzierung des Luftverkehrs, der durch Skyguide betriebenen Flugverkehrskontrolle und der Sicherheit des Luftverkehrs allgemein angewandt werden.

Kurz: Die Einnahmen der Strasse gehören der Strasse, jene des Luftverkehrs dem Luftverkehr!

Aus diesen Gründen unterstützt die SVP die Schaffung eines Spezialfonds für den Luftverkehr und hat im Zentralvorstand vom 2. Oktober 2009 in Genf für die Vorlage vom 29. November die Ja-Parole gefasst.

**Sichere
Luftfahrt JA**

Spezialfinanzierung Luftverkehr
Abstimmung vom 29. November 2009

Stephan Schleiss, Präsident SVP Kanton Zug, Steinhausen ZG

Das Stimmvolk hat Nein gesagt

Am 27. September wurde in den Kantonen Bern, Uri und Zug über HarmoS abgestimmt. In Uri wurde HarmoS deutlich abgelehnt (68,9 % Nein), in Zug knapp abgelehnt (50,1 % Nein) und in Bern knapp angenommen (48,5 % Nein). Es ist augenfällig: Dort, wo das Stimmvolk über HarmoS entscheiden kann, wird HarmoS grossmehrheitlich abgelehnt. HarmoS wurde bisher in 9 Kantonen dem Volk vorgelegt. In 6 von 9 Kantonen (LU, GR, TG, NW, UR, ZG) wurde HarmoS abgelehnt. Die Volksentscheide belegen, dass HarmoS ein Funktionärsprojekt ohne Verankerung im Volk ist.

Schwierige Ausgangslage in Zug

Im Kanton Zug schätzten die Befürworter die Ausgangslage für HarmoS als günstig ein. Das Volks-Nein zu HarmoS im Kanton Luzern wurde ausschliesslich dem Umstand zugeschrieben, dass dort noch überhaupt kein Kindergarten-Obligatorium bestand. Weil im Kanton Zug bereits heute 98 % der Kinder freiwillig den zweijährigen Kindergarten besuchen, setzte sich der grün-alternative Bildungsdirektor gar zum Ziel, dass der Kanton Zug mit dem höchsten Ja-Stimmen-Anteil aller Kantone zustimmen wird!

Die anderen Parteien sahen im Widerstand gegen HarmoS vor allem eine Profilierungsübung der SVP. CVP und FDP verteidigten im Kantonsrat HarmoS gegen jede Kritik und verrieten so einen grossen Teil ihrer Basis aus parteitaktischen Überlegungen. Bei den kantonalen Erneuerungswahlen im nächsten Jahr wird die SVP den konservativen Wählern in Erinnerung zu rufen haben, dass sie von CVP und FDP nicht vertreten werden.

Ein besonderes Ärgernis war die Haltung der Wirtschaftsverbände. Sowohl der kantonale Gewerbeverband wie auch die Zuger Wirtschaftskammer setzten sich aus völlig fadenscheinigen Gründen für HarmoS ein. Wie bei der gleichentags stattfindenden Mehrwertsteuer-Abstimmung stellten die Wirtschaftsverbände ihre Loyalität zu CVP und FDP über die wirtschaftspolitischen Sachfragen. Damit wurden die Wirtschaftsverbände als wichtige Partner zur Durchsetzung



von bürgerlichen Anliegen im Kanton leichtfertig geschwächt.

Bewährte Kampagne

Für die im überparteilichen Rahmen geführte Kampagne konnte die SVP des Kantons Zug auf die Unterstützung der SVP Schweiz zählen und auf die Vorarbeiten und Erfahrungen anderer SVP-Kantonalparteien zurückgreifen. Die Phase der Unterschriftensammlung gab der Kampagnenleitung eindeutige Hinweise darauf, aus welchen Gründen das Volk HarmoS ablehnt. Die wichtigsten Gründe waren – wie in den anderen Kantonen auch – die folgenden:

- Nein zur Schulpflicht für Vierjährige
- Nein zur Verstaatlichung der Erziehung
- Nein zu den Kostenfolgen der Ganztagesbetreuung
- Nein zur Expertokratie im Bildungswesen

Während der Kampagne wurde von den Befürwortern immer wieder der

Vorwurf erhoben, die HarmoS-Gegner würden Unwahrheiten verbreiten. Diese Anwürfe galt es auszuhalten, weil das Konkordat in vielen Fragen nicht klar genug ist, zum Beispiel in der Frage, ob ab dem ersten Schultag, das heisst mit vier Jahren, auf Hochdeutsch unterrichtet werden muss. Der kritische Bürger ist jedoch gut beraten, vom schlimmsten Fall auszugehen, weil mit HarmoS die Kompetenz definitiv an die Bildungsfunktionäre der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) delegiert wird und alle Absichtserklärungen der EDK in diese Richtung gehen.

Ein Nein mit Konsequenzen

Das Abstimmungsergebnis von Uri und Zug hat Konsequenzen für die ganze Schweiz. Seit dem 27. September ist definitiv klar, dass HarmoS weniger als 18 Kantone beitreten werden. Das Konkordat müsste aber mindestens 18 Kantone umfassen, damit es für allgemein verbindlich erklärt werden könnte. Damit ergibt sich, dass die in Artikel 62 Absatz 4 der Bundesverfassung geforderte Harmonisierung des Schulwesens in der Schweiz nicht durch HarmoS erreicht werden kann. Jeder Kanton, der jetzt noch HarmoS beitrifft, hintertreibt letztlich den Verfassungsauftrag. Die HarmoS-Kantone müssen jetzt ihr Konkordat im Bereich des Schuleintrittsalters und der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen und von deren Übergängen sowie der Anerkennung von Abschlüssen überarbeiten, so dass sie sich den Nicht-HarmoS-Kantonen angleichen. Wo HarmoS über den Verfassungsauftrag hin-

ausgeht, zum Beispiel bei den Tagesstrukturen oder den sprachregionalen Lehrplänen, muss keine bundesweite Vereinheitlichung angestrebt werden, weil in diesen Bereichen eben kein Verfassungsauftrag besteht. Die Innerschweiz, die komplett HarmoS-frei bleiben wird, hat mit ihrem Votum für weniger Staat einmal mehr einen Standortvorteil errungen. Was nicht akzeptiert werden kann, ist, dass die EDK auf Zeit spielt und bis 2015 mit Anpassungen warten will. Wenn sich die HarmoS-Kantone nicht bewegen, muss das Bundesparlament eingreifen und den Verfassungsauftrag aus Artikel 62 in einem schlanken Bundesbeschluss umsetzen. Auf kantonalen Ebene muss die SVP sicherstellen, dass HarmoS nicht durch die Hintertür eingeführt wird. Nach dem 27. September darf im Kanton Zug nicht sein, dass

- ein zweites Kindergartenjahr obligatorisch wird,
- den Gemeinden das Angebot von Ganztagesbetreuung vorgeschrieben wird oder
- der Lehrplan 21 integral übernommen wird.

Schulzwang für 4-Jährige?



Einheitsschule HarmoS

Nein

Nationalrat Rudolf Joder, Präsident SVP Kanton Bern, Belp BE

Die bernische SVP vor den Grossrats- und Regierungsratswahlen 2010:

Motiviert und aktiv

Am 28. März 2010 finden im Kanton Bern die nächsten Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Bereits laufen die parteiinternen Vorbereitungen auf Hochtouren. Am 24. Juni sind Christoph Neuhaus, bisheriger Regierungsrat und Chef der bernischen Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, sowie Albert Rösti, Dr. sc. techn. ETH und Direktor der Schweizer Milchproduzenten SMP, als SVP-Kandidaten für die Regierungsratswahlen nominiert worden. Zudem stellen sich 242 SVP-Kandidatinnen und Kandidaten auf 14 Wahllisten in 9 Kreisen für die Grossratswahlen zur Verfügung. Bereits sind die ersten Inserate erschienen und laufend finden Wahlauftritte statt. Kurz: Die SVP-Wahlkampagne 2010 ist lanciert!

Nicht einfache Ausgangssituation

Die Ausgangssituation für die bernische SVP ist nicht einfach. Anlässlich der letzten kantonalen Wahlen 2006 hat die SVP einen Regierungssitz und 13% Wähleranteil bei den Grossratswahlen verloren. Hinzu kommt die Abspaltung der BDP. Durch diese sind u.a. ein alt Bundesrat, ein Ständerat, zwei Nationalräte, ein Regierungsrat und 16 Grossrätinnen und Grossräte aus der Partei ausgetreten. Schliesslich läuft die bernische Politik mit einer links-grünen Mehrheit im Regierungsrat in eine falsche Richtung: Bezüglich Standortqualität ist der Kanton Bern gesamtschweizerisch vom 16. Platz auf Rang 18 zurückgefallen. Betreffend Steuerbelastung der natürlichen Personen befindet sich Bern im schweizerischen Vergleich auf Platz 24. Das Wirtschaftswachstum ist weit unter dem schweizerischen Mittel. Dafür steigen die Krankenkassenprämien dreimal mehr als im Durchschnitt der Schweiz. Es besteht also dringender Handlungsbedarf, und die bernische SVP ist gefordert.

Klares Ziel

Das Wahlziel der SVP ist klar: Wir wollen zwei SVP-Regierungsräte und 40 SVP-Grossrätinnen und -Grossräte. Konkret bedeutet dies 1. die Rückgewinnung des bei den letzten Wahlen verlorenen Regierungssitzes und 2. neben der Bestätigung der Bisherigen das Zurück-



holen von $\frac{2}{3}$ der zur BDP gewechselten Grossratsmandate. Diese Zielsetzung ist hoch, aber nicht unrealistisch. Bezüglich BDP ist festzuhalten, dass die Bürgerlich-Demokratische Partei bei den bernischen Gemeindewahlen in letzter Zeit vor allem zu Lasten anderer Parteien ihre Mandate gewonnen hat. Für die SVP beginnt sich die Lage zu stabilisieren, wobei die weitere Entwicklung genau im Auge zu behalten ist. Betreffend die Regierungsratswahlen ist eine gegenseitige Unterstützung von SVP und FDP mit je zwei Kandidaten vorgesehen, um auf diesem Weg die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat zurückzuholen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass sich die Modalitäten geändert haben und keine vorgedruckten ausseramtlichen Wahlzettel mehr zulässig sind.

Vielfältige Massnahmen

Die SVP-Wahlkampagne wird inhaltlich umfassend, mit vielen Aktivitäten, grossem Einsatz und zielgerichtet vorbereitet. Die kantonale Koordination erfolgt durch je ein Komitee für die Grossrats- und die Regierungsratswahlen. Die Strategie lautet: Parteiintern und parteiextern mobilisieren! Es geht darum, die bisherige SVP-Stammwählerschaft zu aktivieren und einen möglichst grossen Anteil der Wählerinnen und Wähler, welche letztes Mal nicht teilgenommen haben, für die Wahlen vom 28. März 2010 und für die SVP zu gewinnen. Die Wahlkampagne wird dezentral geführt. Wir wollen nah zu den Wählerinnen und Wählern und unsere dezentrale Parteistruktur mit rund 280 Ortssektionen nutzen. Der Strassenwahlkampf

wird intensiviert, und erstmals soll ein Wahlbus eingesetzt werden. Wir wollen bewusst einen politischen Wahlkampf führen und klar sagen, was in der Packung steckt, wenn aussen die SVP-Etikette aufgeklebt ist. Es ist vorgesehen, im Januar einen speziellen Wahlparteitag mit wichtigen politischen Themen durchzuführen. Schliesslich wird eine Wahlplattform ausgearbeitet mit der Legislaturplanung für die politische Arbeit während der nächsten vier Jahre im Grossen Rat.

Dies alles wird getan, weil wir mit der SVP gewinnen wollen, und weil eine andere, neue und bessere Politik im Kanton Bern dringend nötig ist! Wir wollen einen attraktiven Kanton mit einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum und steuerlichen Entlastungen. Wir wollen einen ländlichen Raum mit guten Rahmenbedingungen, insbesondere für die Landwirtschaft und das Gewerbe, und wir wehren uns gegen eine zunehmende Zentralisierung. Wir wollen eine dezentrale gute Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum, eine gesicherte Energieversorgung, die Förderung der Bildungsqualität und die Erhaltung und Schaffung einer guten öffentlichen und privaten Verkehrsinfrastruktur.

Mit hoher Motivation und grossem Einsatz können wir diese Ziele erreichen. Ich danke für die Unterstützung und rufe allen unser Wahlmotto zu: **Jetzt erst recht!**

Einladung der SVP Schweiz zum öffentlichen Sonderparteitag



**Samstag, 31. Oktober 2009
um 10.30 Uhr, im Zentrum Linde (beim Bahnhof) in Wauwil (LU)**

Stärkung der Schweizer Landwirtschaft

Die SVP Schweiz lädt Sie alle, Parteifreunde, Delegierte der SVP Schweiz sowie Interessierte und Gäste ein, am Sonderparteitag zum Thema Landwirtschaft teilzunehmen. Die SVP ist tief besorgt über die aktuellen Entwicklungen in der Schweizer Landwirtschaft. In vielen Bereichen ist dringlicher Handlungsbedarf gegeben.

Programm:

- 10h30 Grusswort der SVP des Kantons Luzern**
Nationalrat Josef Kunz, Parteipräsident SVP Luzern, Grosswangen (LU)
- 10h40 Begrüssung und Eröffnung Sonderparteitag**
Nationalrat Toni Brunner, Parteipräsident, Ebnet-Kappel (SG)
- 11h00 Die Bedeutung der Schweizer Landwirtschaft**
Nationalrat Hansjörg Walter, Präsident Schweizerischer Bauernverband, Wängi (TG)
- 11h15 Ernährungssouveränität: Qualität und Versorgungssicherheit**
Gemeindepräsidentin Ingeborg Schmid, Vizepräsidentin SVP AR, Bühler (AR)
- 11h30 Entwicklung der Landwirtschaft in der EU und im Zusammenhang mit der WTO**
Nationalrat Ernst Schibli, Präsident Landwirtschaftskommission, Otelfingen (ZH)
- 11h45 Mittagspause
- 13h00 Systemwechsel im Milchmarkt ist ein Gebot der Stunde**
Albert Rösti, Direktor SMP, Uetendorf (BE)
- 13h15 Bauernsterben stoppen: Nein zum Freihandelsabkommen mit der EU**
Nationalrat Jean-Pierre Grin, Pomy (VD)
- 13h30 WTO: Agrarsektor ist auszunehmen**
Nationalrat Marcel Scherer, Hünenberg (ZG)
- 13h45 Diskussion und Verabschiedung Resolution**
- 14.45 Ende

Bestelltalon für Gästerausweise für den Sonderparteitag in Wauwil

Name / Vorname

Adresse

Ort / Lieu Kanton/Canton

Anzahl Gästerausweise

Wir bitten Sie um Bestellung bis spätestens **Montag, 26. Oktober 2009**.

Schweizerische Volkspartei SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, e-mail: merian@svp.ch,
Tel 031 / 300'58'58, Fax 031 / 300'58'59